

**Badische Zeitung – Bericht vom 17.07.2010,  
über die öffentliche Sitzung des Ortschaftsrates Mahlberg/Orschweier am 13.07.2010  
Richtigstellung des Berichts.**

Ortschaftsrat Peter Ohnemus trägt vor:

Ich möchte an dieser Stelle meinen Unmut loswerden, zu den vor einer Woche in Presse und Rundfunk (BZ: 07.Juli 10 - Radio Ohr) veröffentlichten Berichte über die Absicht von German-Pellets, auf DYN A5 eine Verwaltung / Ausstellungsraum von 1200 m<sup>2</sup> zu bauen. Es wurde schon als Tatsache dargestellt – die lediglich noch mit Ettenheim/Mahlberg abzustimmen sei.

Mir geht es hier nicht um die Bewertung dieses Vorhabens, aber:

Es gehört zu den Gepflogenheiten eines seriösen und geordneten Miteinanders, dass erstmal die Ortschafts- und Gemeinderäte in diese Planungen eingeweiht werden sollten, bevor diese so etwas aus den Zeitungen erfahren müssen.

Es ist eine miese Politik, wenn man die gewählten Bürgervertreter dermaßen missachtet. Frei nach dem Motto: erstmal vollendete Tatsachen schaffen und hinterher die Räte unter Druck abstimmen lassen.

Schon bei der Ansiedlung des Pelletwerkes 2006 wurden die Räte im Nebulösen stehen gelassen und jetzt Jahre danach gibt es immer noch viele Bürger, die unter den Folgen leiden und die Räte zum Abhelfen der verkorksten Planung unter Druck gesetzt werden.

Ich kann mir nicht vorstellen, dass die Zweckverbandsverwaltung über diese Absichten von German-Pellets nicht schon vorher informiert gewesen sei.

Für mich drängt sich der Verdacht auf, der Partner Mahlberg wird bewusst übergangen. Dass Mahlberg vom Partner Ettenheim nicht ernst genommen wird, zeigen die Haltung beim Biomassekraftwerk und die letzte Entscheidung bezüglich dem Wunsch Mahlbergs einen Abstand von nur 20 Meter zur Autobahn einzuhalten. Das ist zwar kein Wunder – bei dieser Satzung, die Mahlberg schlicht entmündigt.

Es ist außerdem ärgerlich wenn in diesem Zusammenhang in der Zeitung berichtet wird:  
*„Die Aktivitäten auf dem Hammermühlen-Platz lassen indes erkennen, dass das Unternehmen auf neuen Wegen an seine Problemfelder herangehen will. „*

Tatsache ist, dass gegen die Firma zwei behördliche Verfügungen bezüglich Lärm und offene Spänelagerung unter Androhung von Zwangsgeld erlassen wurden. Die Berichterstattung suggeriert ein freiwilliges Verhalten der Firma. was ich nicht für objektiv halte. Die Genehmigung zur Verbrennung von A2-Holz wurde in allen Medien herumgeschmiert; von Auflagen ist aber nichts zu lesen.